

Mittwoch, 23. August 2023, Starnberger Merkur / Lokalteil

Heiße Themen in brütender Hitze

VON PETER SCHIEBEL



Der Bundesvorsitzende der FDP, Bundesfinanzminister Christian Lindner, war am Dienstagmittag zum Wahlkampf in Starnberg. Auf der „Wiege von Starnberg“ schwor er rund 200 Zuhörer auf die bevorstehende Landtagswahl ein. Ein paar Transparente gab es auch.

Starnberg – So eng liegen Bundespolitik und Kommunalpolitik manchmal beieinander. „Elterngeld“, forderte ein Zuschauer auf einem großen Pappschild, das er gestern Mittag beim Auftritt von Bundesfinanzminister Christian Lindner in Starnberg hochhielt. Gleich daneben standen Vertreter des Vereins „Lebenswertes Starnberg für alle“ und forderten auf drei Transparenten: „Keine Zuschüsse für den Irrsinn am See“. Bekanntlich lehnt der Verein die aktuellen Überlegungen zur Seeanbindung ab. Auf beide Themen ging der FDP-Bundesvorsitzende in seiner gut 30-minütigen Rede in der prallen Sonne auf der „Wiege von Starnberg“ jedoch nicht ein.

Rund 200 Zuhörer waren bei mehr als 30 Grad im Schatten gekommen, dar-

unter FDP-Urgesteine wie die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Ehrenmitglied Rainer Hange, aber auch Passanten und mit dem Leiter des Museums Starnberger See, Benjamin Tillig, der unmittelbare Nachbar der magentafarbenen Riesentreppe. Lindner schien das Umfeld sehr zu gefallen. Vor einigen Jahren hat die FDP die Farbe Magenta ja für sich entdeckt – und dass Magenta nun durch einen Kinohit die Trendfarbe des Sommers sei, sei doch ebenso „ein gutes Omen“ wie die Tatsache, dass an einem Werktag-Mittag „so viele Menschen“ gekommen seien, betonte der 44-Jährige, ehe er in der sengenden Hitze und ohne jeden Sonnenschutz die Zuhörer auf die Landtagswahl im Oktober einschwor.

Dabei zeigte sich Lindner zunächst noch tief beeindruckt von seiner Reise nach Kiew in der vergangenen Woche. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sei „ein Epochenbruch“, sagte er. „Frieden und Freiheit sind kein Erbe von Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder Hans-Dietrich Genscher.“ Vielmehr müsse sich jede Generation aktiv dafür einsetzen. „In der Ukraine wird auch für die europäische Friedens- und Freiheitsordnung gekämpft.“ Es gebe keine Versicherung, dass nicht auch Deutschland Opfer eines Angriffs werden könne. Der beste Schutz dagegen sei „eine glaubwürdige Abschreckung“, sagte er.

Den Schwerpunkt von Lindners Rede bildete die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der Minister kritisierte, dass ein Jahrzehnt lang nichts für die Wirtschaft getan, sondern lediglich Geld umverteilt worden sei. „Die Belastungsgrenze der Wirtschaft ist überschritten.“ Erste Priorität habe die Bekämpfung der Inflation. „Es ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit, zur Schuldenbremse zurückzukehren“ – anstatt immer weiter Geld auf Pump zu verteilen. Das von der grünen Familienministerin Lisa Paus ausgebremste Wachstumschancengesetz nannte Lindner denn auch „eine Voraussetzung für die Kindergrundsicherung“. Dabei wiederholte er seine Aussage, wonach eine fünfköpfige Familie, die nicht arbeite, im Jahr 37 000 Euro Unterstützung vom Staat erhalte – und dass ohne die Zuwanderung seit 2015 die strukturelle Kinderarmut in Deutschland zurückgegangen sei.

Lindner lehnte jede Steuererhöhung kategorisch ab, auch und gerade bei der Erbschaftsteuer. Er sprach sich für einen Inflationsausgleich bei der kalten Progression aus und gegen eine Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Am wichtigsten sei jedoch die Bildung. „Es ist nicht der Wettbewerb der Steuersysteme, der über Wohlstand entscheidet, sondern der Wettbe-

werb der Bildungssysteme.“ Es sei ein Skandal, dass über Erfolg in Deutschland viel zu oft die Herkunft aus dem Elternhaus entscheide und weniger Fleiß und Talent. Investitionen in Bildung bekämpften von daher die strukturelle Armut.

Deutliche Worte fand Lindner in Richtung AfD. „Diese Partei ist gefährlich“, sagte er. „Wegen ihrer Ressentiments und wegen dessen, was sie im Programm stehen hat.“ Der geforderte Austritt aus EU und Nato würde einen Schaden für das deutsche Vaterland bedeuten, der den Brexit bei weitem übersteige. „Die AfD darf niemals Macht über diesen Staat haben.“ Vor Lindner hatten bereits FDP-Direktkandidatin Britta Hundesrügge und Spitzenkandidat Martin Hagen für Unterstützung geworben.